

Thema: attac,

URL: <http://news.orf.at/stories/2214934/>news  ORF.at[Fernsehen](#) [TVthek](#) [Radio](#) [Debatte](#) [Österreich](#) [Wetter](#) [IPTV](#) [Sport](#) [News](#) [ORF.at im Überblick](#)

## Freihandelsabkommen: Brüssel setzt Verhandlungen teils aus

Bei den Verhandlungen um das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) hat die EU-Kommission offenbar ihre Position geändert und will nun einen Teil des Abkommens vorerst nicht verhandeln. Brüssel kommt damit Forderungen von Kritikern - nicht zuletzt im EU-Parlament entgegen - berichtet sowohl der „Standard“ als auch die britische Zeitung „Independent“ (beide Online-Ausgaben) in der Nacht auf heute.

### Brief von De Gucht

Der zuständige EU-Handelskommissar Karel De Gucht habe sich in einem Brief an die Wirtschafts- und Handelsminister der EU-28 - darunter Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) - gewandt, in dem es heißt: „Die umfassenden Bedenken (...) haben mich überzeugt, dass eine öffentliche Reflexion über den Weg, wie die EU diese Verhandlungen in Angriff nehmen soll, notwendig ist“, zitierte der linksliberale „Independent“.

Dabei gehe es insbesondere um die Verhandlungen zu den Investitionsschutzklauseln (Investor-to-State Dispute Settlement, ISDS). Laut dem „Standard“-Bericht soll das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) Schlüsselthema eines informellen Treffens des Rates am 28. Februar sein.

### Konzernklagen gegen Staaten

Bei den umstrittenen ISDS geht es um Klauseln, die es Unternehmen erlauben, Staaten auf internationaler Ebene vor nicht-öffentlichen Schiedsgerichten zu klagen. Voraussetzung ist, dass sie durch die Gesetzgebung in einem Land diskriminiert und bei ihren Investitionen geschädigt wurden. Für die EU sind diese Investitionsklauseln üblich.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie etwa Greenpeace kritisierten jedoch, dass die Gerichte von Wirtschaftsanwälten besetzt würden und so „Investitionen von Konzernen schützen“ sollen. Bedenken äußerten auch FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria und Attac, die beispielsweise eine Bedrohung für das österreichische Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen ortete. Zudem stehe das TTIP im Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, hieß es in einer Aussendung.

### Anhörung, dann Weiterverhandeln

De Gucht zeigte sich laut „Standard“ in dem Brief „zunehmend besorgt über den immer negativeren Ton“ zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU und insbesondere dem Investitionsschutz. Er wolle deshalb eine dreimonatige, öffentliche Anhörung starten und fordere auch die Mitgliedsstaaten auf, sich „proaktiv“ in die Debatte einzubringen.

Erst wenn das Ergebnis der öffentlichen Debatte, an der alle Interessensgruppen teilnehmen können, bekannt ist, sollen die ISDS verhandelt werden. Wie eine Sprecherin des Kommissars gegenüber dem „Standard“ betonte, werden nur die Verhandlungen über die Investorenschutzklauseln auf Eis gelegt.

21.01.2014

[Seitenanfang ▲](#)[Bekanntgaben laut ORF-G](#)[Publikumsrat](#)[Kontakt](#)[Impressum/Offenlegung](#)